

Antrag

Gremium	Sitzungsdatum	
Stadtverordnetenversammlung	14.05.2020	

Beratungsgegenstand

Eilantrag der Fraktion DIE LINKE "Erklärung der SVV Bleiben Sie vorsichtig!"

Beschlussvorschlag:

- 1.) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt nachfolgende "Erklärung der Stadtverordnetenversammlung: Bleiben Sie vorsichtig!"
- 2.) Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung wird beauftragt, diese Erklärung der Stadtverordnetenversammlung auf geeignetem Wege und möglichst mit großer Verbreitung öffentlich zu machen.

Erklärung der Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde (Spree): : Bleiben Sie vorsichtig!

Auch in Fürstenwalde (Spree) werben Mitbürger*innen aktiv für Demonstrationen gegen die Kontaktbeschränkungen in der Covid-Pandemie und ihre scheinbar nur langsamen und vorsichtigen Lockerungen. In den sozialen Medien werben einige von ihnen sehr aktiv, verbreiten Verschwörungstheorien und offen rechte Propaganda.

Es ist durchaus nötig und aller Ehren wert, für Freiheit und die Grundrechte einzutreten, wenn die Gefahr besteht, dass sie über Gebühr eingeschränkt oder ganz verwehrt werden. Was die „Widerstandskämpfer“ in den vergangenen Tagen aber im Protest gegen eine angeblich übertriebene Corona-Politik geleistet haben, ist zu Markte getragene Ignoranz.

Ohne Rücksicht auf Abstandsregeln, ohne Mundschutz, ohne Rücksicht auf Präzedenzfälle, z.B. durch Massenansammlungen einhergehend mit einem hohen Ansteckungspotential, mit (Klein-)Kindern auf dem Arm oder ander Hand wird in Fürstenwalde und Umgebung für eine Freiheit geworben, die eine Freiheit ohne Maß, ohne Verantwortung, ohne Folgenabschätzung, ohne Staatsbürgerlichkeit ist. Diese Freiheit gehört aber nicht zu den Grundrechten. Sie gehört ins Grundgesetz der Primitivität.

Die Eigenverantwortung, die von den Protestierenden so gerne im Munde geführt wird, ist in Wahrheit, eine Verantwortung, die leider keinen Gedanken an Fremdgefährdung verschwendet. Eigenverantwortung hieße ja gerade, in Betracht zu ziehen, dass das eigene Verhalten dazu führen könnte, andere zu infizieren – und damit in ihrer Freiheit auf dramatische Weise einzuschränken. Im Falle

der Corona-Epidemie ist das umso wichtiger, weil niemand wissen kann, oder selbst das Virus trägt.

Darum bittet die Stadtverordnetenversammlung die Fürstenwalder*innen, sich und andere Mitbürger*innen in Zeiten der Covid-Pandemie durch Teilnahme an diesen wie zufällig scheinenden, insbesondere an nicht angemeldeten oder genehmigten Demonstrationen nicht zu beteiligen und zu Hause zu bleiben.

Wir bitten Sie, liebe Fürstenwalder*innen, bleiben Sie vorsichtig!

Demokratische Rechte müssen gewährleistet sein, unter Beachtung der nötigen Schutzregeln - gerade auch in Krisenzeiten. Wer aber den Namen von Demokratie und Freiheit nutzt, um krude Verschwörungstheorien oder rechte Gesinnung zu verbreiten, wer das private Interesse des einzelnen über das der Gemeinschaft stellt und im Namen von Demokratie und Freiheit Schutzregeln missachtet, der macht sich schuldig und ist mitverantwortlich, wenn die Infektionszahlen wieder steigen und Menschen schwer geschädigt werden oder sterben.

Das ist menschenverachtend und verdient die Verachtung der Gesellschaft.

Die Stadtverordnetenversammlung rügt eine Beteiligung von Mitgliedern der Fraktion des Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ) an solchen Corona- und Hygiene-Demonstrationen in Fürstenwalde, Bad Saarow und auch in Berlin.

Die gewählten Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung beschädigen nachhaltig durch ihre Teilnahme an diesen nichtgenehmigten Demonstrationen, Spaziergängen, Eistreffen ... die Stadtverwaltung Fürstenwalde und ihre Mitarbeiter*innen, insbesondere die des Ordnungsamtes als auch die des Krisenstabes, die in den letzten Wochen fast Unmögliches mit Bravour gemeistert haben, um die Krisensituation in der Stadt zu meistern.

Den Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung spricht die Stadtverordnetenversammlung ihren Dank und ihr Vertrauen aus und entschuldigt sich für das Verhalten einzelner Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung.

Stephan Wende
für die Fraktion DIE LINKE.

Sachverhalt:

Die Eilbedürftigkeit begründen wir mit der Wirkung des Antrages.

Dieser hat zwei Kommunikationsebenen:

- 1.) richtet er sich nach außen, also an die Fürstenwalder*innen, und bittet diese, ihre Teilnahme an insbesondere nichtangemeldeten oder genehmigten Demonstrationen zu unterlassen und die Begegnungs- und Kontaktverbote und Hinweise einzuhalten und
- 2.) richtet er sich nach innen, indem er gerade die Mitarbeiter*innen im Ordnungsamt und im Krisenstab, die die "Einhaltung der Regeln" um- und durchzusetzen haben "den Rücken stärkt und ihnen dankt".

Beides ist aus unserer Sicht in der jetzigen Situation schleunigst zu tun, ein Abwarten bis zur nächsten SVV-Sitzung ist nicht in der Sache dienlich. Im Gegenteil.

Fristgemäß konnte der Beschluss der Erklärung auch nicht eingereicht werden, da die Zuspitzung der Situation erst in den letzten Tagen eintrat.

